

Internationaler Roma-Tag Gegen Hetze im Netz



Podiumsdiskussion im Parlament zum Thema Hass im Netz. Sandra Szabo, ORF-Moderatorin, Ingrid Brodnig, Journalistin und Expertin für digitale Kommunikation, Alexander Warzilek, Geschäftsführer des Österreichischen Presserats, Staatsanwalt Markus Berghammer, Emmerich Gärtner-Horvath, Vorsitzender des Volksgruppenbeirats der Roma. (v.l.)

Inhalt

Neue Regierung in Ungarn: Roma-Mandatare gehören der Nationalversammlung an	3
Internationaler Roma-Tag: Parlament setzt Zeichen gegen Hass im Netz	4
Im Gespräch: Judith Pfeffer, Vorständin des Nationalfonds der Republik Österreich	6
Stadt Salzburg: Gedenken an den NS-Völkermord an Roma und Sinti	9
	
Volkgruppen im Parlament: Literatur am Ring. Sichtbar werden, präsent bleiben	10
Romanes sprechen – Romanes te vakere!	11
Küche der autochthonen Volkgruppen – Burgenland-Kroaten: Fisch Paprikasch – Fiš Paprikaš	12
Mitteilungen	13

Foto: KV-Roma

Liebe Roma – Liebe Freund*innen – Liebe Leser*innen!

„Die Erinnerung ist das Gewissen der Geschichte.“ Dieses Zitat wird dem österreichischen Dichter und Dramatiker **Franz Grillparzer** zugeschrieben.

In einer Zeit, in der historische Ereignisse, wie die Gräueltaten des NS-Regimes, zunehmend in die Ferne rücken, stellt sich die Frage, welche Rolle Erinnerung und Gedenkkultur für unsere Gesellschaft heute noch spielen. Die Errichtung eines zentralen Mahnmals in Wien zum Gedenken an die während des Nationalsozialismus ermordeten österreichischen Roma und Sinti zählt seit vielen Jahren zu den zentralen Anliegen der österreichischen Roma-Gemeinschaft. Die Gedenkstätte schafft einen sichtbaren Ort des Erinnerns und Gedenkens. Sie würdigt die Opfer und macht aufmerksam, wohin Vorurteile, Hass und Ausgrenzung führen können. Zugleich richtet sich der Blick in die Gegenwart: Roma-Feindlichkeit ist heute noch Realität und fordert unsere Gesellschaft heraus. Der Nationalfonds der Republik Österreich ist seit der Gesetzesnovelle 2024 mit der Planung der Errichtung einer Gedenkstätte betraut. In einer Sitzung am 17. April 2026 im Parlament sprachen sich der Volksgruppenbeirat der Roma sowie Vertreterinnen und Vertreter von Roma- und Sinti-Organisationen einstimmig für den Weghuberpark in Neubau (7. Bezirk) als Standort aus. Wir berichten darüber auf Seite 14.

Mit dem Beginn der warmen Jahreszeit wünschen wir allen Vereinsmitgliedern, Freunden und Unterstützern unseres Vereins einen wunderbaren Sommer. Mögen die kommenden Wochen Gelegenheit bieten, Kraft zu tanken, die Seele baumeln zu lassen, schöne Momente zu genießen und Energie zu sammeln.

Ihr/Tumaro
Christian Klippel
Obmann

Ihr/Tumaro
Andreas Sarközi
Geschäftsführer



Fotos: Peter Egelseer

Impressum:

Herausgeber, Inhaber, Verleger und Medieninhaber:

Kulturverein österreichischer Roma

A-1190 Wien, Devrientgasse 1

Tel.: +43 1 310 64 21

Mobil: +43 664 520 14 44

E-Mail: office@kv-roma.at

Homepage: www.kv-roma.at

IBAN: AT31 1200 0006 2611 8707

BIC: BKAUATWW

Redaktion: Andreas Sarközi, Helga Sarközi, Mag. Gábor Bartha

Lektorat: Mag.ª Dr.ª Brigitte Krizsanits

Gestaltung: Peter Egelseer, 1160 Wien

Mobil: +43 699 126 60 696, www.egelseer-grafik.at

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz:

Dieses Blatt ist ein 4x jährlich erscheinendes Medium des Kulturverein österreichischer Roma und dient zur Information der Vereinsmitglieder und Interessierten.

Gefördert vom Bundeskanzleramt aus Mitteln der Volksgruppenförderung



PEFC zertifiziert

Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen

Neue Regierung in Ungarn

Roma-Mandatare gehören der Nationalversammlung an

In Ungarns politischer Landschaft blieb kein Stein auf dem anderen. Bei den Parlamentswahlen am 12. April 2026 fuhr die Oppositionspartei TISZA unter der Führung von **Péter Magyar** einen Erdrutschsieg ein und beendete damit die 16-jährige Regierungszeit von **Viktor Orbán**. Am 9. Mai fand nun die konstituierende Sitzung der neuen Nationalversammlung (Országgyűlés) statt, bei der Magyar zum Ministerpräsidenten vereidigt wurde. Die Wahl markiert jedoch nicht nur das Ende des autoritären Systemumbaus der Ära Orbán, sondern auch einen bemerkenswerten Erfolg für die politische Repräsentation der Roma-Minderheit: Dies hat zur Folge, dass nun endlich mehr Aufmerksamkeit auf die Roma gerichtet wird und fünf Roma – vier davon von TISZA – im Parlament angelobt wurden.

Die TISZA-Abgeordneten

Krisztián Kőszegi aus dem südungarischen Komitat Baranya ist Lehrer für Geschichte und Geografie. Er leitet ein Bildungszentrum sowie den Verein „FreeDrom“ und arbeitet mit Kindern aus benachteiligten Verhältnissen, zudem engagiert er sich in Communityprojekten. Als Kernpunkte seines Programms nennt er „Bildung, die Entwicklung von Gemeinschaften und die Schaffung von Bedingungen, damit junge Menschen ihre Regionen nicht verlassen müssen“. In der Eröffnungssitzung wurde er zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten gewählt.

Erika Jójártová aus Solt verbrachte die vergangenen zehn Jahre als Krankenpflegerin und medizinische Assistentin im Ausland. Als zentrale Themen ihrer politischen Agenda nennt sie „eine stärkere Anerkennung des nicht-ärztlichen Pflegepersonals, die häusliche Altenpflege und die Unterstützung von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen“.

István Gyöngyösi aus Mezögyán arbeitet im Finanzsektor und absolviert parallel einen Masterstudiengang in Sozialpädagogik. Er stammt aus einem sozial benachteiligten Umfeld, studierte Sportmanagement, lebte in den USA und gründete ein eigenes Unternehmen. In seinem Programm betont er „die Erneuerung öffentlicher Dienstleistungen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Bestreben, junge Menschen in den Regionen zu halten“.

Mihály Balogh ist Vorsitzender der regionalen Roma-Selbstverwaltung in Tiszalök und zugleich Vertreter in der Nationalen Roma-Selbstverwaltung (ORÖ). Er ist Unternehmer und arbeitet als Bauleiter in der Baufirma seiner Familie. Zu seiner Schwerpunktsetzung zählen



Die Roma sind die größte ethnische Minderheit in Ungarn.

„die Stärkung der Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Ausbau der lokalen Infrastruktur“.

Fidesz-Kandidaten

Derzeit einziger Rom in den Reihen der Fidesz-Fraktion ist **Béla Radics**. Er war als Direktkandidat im Budapester Wahlkreis Zugló angetreten, schaffte den Einzug jedoch auf diesem Weg nicht. Dank der Umreihung der Kandidaten kam Radics über die nationale Liste überraschend dennoch zum Zug. Seine Karriere begann in der Fidesz-Jugendorganisation Fidelitas und als Kommunalpolitiker in Budapest. Nach seinem BWL-Studium und einer kurzen unternehmerischen Laufbahn wechselte er vollständig in die Politik. Vor den Wahlen 2026 geriet der 30-Jährige ins Zentrum eines Finanzskandals rund um Unregelmäßigkeiten bei einer von ihm geleiteten Stiftung.

Der einflussreiche Roma-Vertreter **Attila Sztojka** schied aus dem Parlament, dem er seit 2022 angehört hatte, aus. 2021 war er zum Regierungsbeauftragten bzw. 2024 zum Staatssekretär für Roma-Angelegenheiten ernannt worden. Seine Fidesz-nahe Liste CiKöSz dominierte zuletzt auch die Wahlen der Roma-Selbstverwaltung (ORÖ). Bei den aktuellen Wahlen konnte Sztojka seinen Sitz – dank eines sicheren 15. Listenplatzes – zwar behaupten, allerdings trat er sein Mandat nach der Fidesz-Niederlage nicht an. Laut Medienberichten musste er es „aufgrund der Entscheidung des ehemaligen Ministerpräsidenten“ abgeben.

Quelle: Roman Urbaner/dROMa

Internationaler Roma-Tag

Parlament setzt Zeichen gegen Hass im Netz

Anlässlich des Internationalen Roma-Tages am 8. April 2026 fand im Wiener Parlament eine Veranstaltung statt, die sich einem drängenden gesellschaftlichen Problem widmete: der zunehmenden Diskriminierung und dem Hass gegen Roma und Sinti im digitalen Raum. Der Gedenktag erinnert an den ersten Welt-Roma-Kongress 1971 in London, bei dem Roma aus ganz Europa erstmals gemeinsam ihre Rechte einforderten. Seither soll dieser Tag die Roma als wesentlichen und untrennbaren Teil der europäischen Gesellschaft sichtbar machen.

Der Zweite Nationalratspräsident **Peter Haubner** eröffnete die Veranstaltung mit unmissverständlichen Worten: „Demokratie bedeutet, Minderheiten und ihre Rechte zu schützen und ihre Stimmen zu hören. Ausgrenzung, Stigmatisierung und Hass haben keinen Platz in der Gesellschaft, weder im analogen Alltag noch im digitalen Raum. Diesem Grundsatz muss auch mit klaren Regeln im Internet Geltung verschafft werden.“ Haubner sprach sich darüber hinaus ausdrücklich für den Bau einer zentralen Gedenkstätte für die Roma und Sinti als Opfer des Nationalsozialismus aus. Dies wäre ein sichtbares Bekenntnis der Republik zu einer Erinnerungskultur.

Integrationsministerin **Claudia Bauer** bekräftigte in einer Videobotschaft, dass das Internet kein rechtsfreier Raum sei und Minderheitenschutz selbstverständlich auch in der digitalen Welt gelte. Sie betonte die Bedeutung von Dialog und gesellschaftlichem Miteinander und hob die „Roma-Dialogplattform“ sowie das Parlament als wichtige Orte parteiübergreifender Zusammenarbeit hervor.

Rede in Romanes und Deutsch

Emmerich Gärtner-Horvath, Vorsitzender des Volksgruppenbeirats der Roma, und der stellvertretende Vorsitzende **Andreas Sarközi** schilderten in einleitenden Worten auf Romanes und Deutsch die gelebte Realität vieler Betroffener. Der 8. April erinnere an die reiche Kultur, die Geschichte und die Identität der Roma, aber auch an die schweren Verfolgungen und das Leid, das die Volksgruppe über Jahrhunderte hinweg erfahren musste. Obwohl Diskriminierung der Vergangenheit angehören müsste, habe sie in der Gegenwart eine neue Bühne gefunden: Soziale Medien hätten Hass und Herabwürdigung gegenüber Roma in den vergangenen Jahren spürbar verstärkt. Besonders problematisch seien dabei die unzureichende rechtliche Handhabe gegen Täterinnen und

Andreas Sarközi und Emmerich Gärtner-Horvath (v.l.) betonten, dass soziale Medien Hass und Herabwürdigung gegenüber Roma in den vergangenen Jahren spürbar verstärkt haben.



Foto: Parlamentsdirektion/Bernadette Sattler-Remling



Ingrid Brodnig forderte, die Plattformbetreiber von sozialen Medien stärker in die Pflicht zu nehmen, um Hass im Netz zu bekämpfen.

Täter, die langsamen oder ausbleibenden Reaktionen der Plattformbetreiber, die schwierige Beweisführung sowie das Fehlen wirksamer Meldemechanismen.

Fraktionsübergreifende Einigkeit, unterschiedliche Schwerpunkte

In einer von ORF Journalistin **Sandra Szabo** moderierten Gesprächsrunde mit den Sprecherinnen und Sprechern der Parlamentsfraktionen zeigte sich breite Übereinstimmung in der Ablehnung von Antiziganismus bei unterschiedlichen politischen Akzenten. Bundesrat **Klemens Kofler** (FPÖ) betonte, dass Roma und Sinti ein wichtiger Teil Österreichs seien und einen wertvollen Beitrag zur Republik leisten. Veranstaltungen wie der Welt-Roma-Tag sowie die Volksgruppenausstellung im Parlament trügen aktiv zum Abbau von Vorurteilen bei, indem sie Begegnung und Austausch ermöglichten. Nationalratsabgeordnete **Agnes Totter** (ÖVP) verwies auf die in der vergangenen Legislaturperiode beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen gegen Hass im Netz als wichtigen ersten Schritt, dem weitere folgen müssten. Sie befürwortete auch ein Social Media-Verbot für bestimmte Altersgruppen und sprach sich für zweisprachige Schulen sowie eine verfassungsrechtliche Verankerung der autochthonen Volksgruppen aus.

Nationalratsabgeordnete **Pia-Maria Wieninger** (SPÖ) bezeichnete Hass im Netz als gesamtgesellschaftliches Phänomen und forderte, früh mit antirassistischer und antiziganistischer Bildung anzusetzen. Konkret verlangte sie verpflichtende Weiterbildungen für Lehrpersonal sowie die Aufnahme der Verfolgungsgeschichte der Roma und Sinti in die Lehrpläne. Der Nationalratsabgeordnete **Michael Bernhard** (NEOS) brachte die aktuelle Situation auf den Punkt: Antiziganismus sei „noch deutlich salonfähiger“ als andere Formen der Diskriminierung

und müsse daher politisch, rechtlich und strukturell bekämpft werden. Zusätzlich brauche es das Sichtbarmachen von Positivbeispielen im Alltag, um Vorurteile nachhaltig abzubauen. Nationalratsabgeordnete **Olga Voglauer** (Grüne) ortete einen Stillstand in der Volksgruppenarbeit der Politik und forderte eine Erhöhung der Volksgruppenförderung, ein Verbandsklagerecht sowie die rasche Errichtung eines Roma-Denkmals. Die Menschen müssten ein Gespür dafür entwickeln, was Antiziganismus bedeute, und sich mit den Betroffenen solidarisieren.

Plattformen in der Pflicht

Die Journalistin und Autorin **Ingrid Brodnig** lieferte in ihrer Keynote eine eindringliche Analyse der Mechanismen, die Hass im digitalen Raum antreiben. Sogenannte „Ragebait“-Postings (dt. Wut-Köder-Postings) zielten bewusst darauf ab, Wut auf dem Rücken von Minderheiten auszulösen. Algorithmisch würden solche Inhalte durch hohe Interaktionsraten belohnt und damit weiterverbreitet. Brodnig forderte, die Plattformbetreiber deutlich stärker in die Verantwortung zu nehmen; das Melden diskriminierender Inhalte sei nach wie vor viel zu kompliziert und führe oft zu keiner spürbaren Reaktion. Gleichzeitig appellierte sie an die Zivilgesellschaft, dass Diskriminierung aktiv sichtbar gemacht werden müsse und jede und jeder Einzelne dafür Verantwortung trage, diskriminierenden Postings im öffentlichen Diskurs entgegenzutreten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion ergänzte Gärtner-Horvath, dass sich der Hass im Internet im Kern nicht von jenem unterscheide, mit dem Roma früher im Gasthaus oder auf der Straße konfrontiert gewesen seien. Neu sei lediglich die Reichweite. Die Community bemühe sich um Dialog und Aufarbeitung, doch könne man diese Aufgabe nicht allein stemmen – die EU und die digitalen Plattformen müssten stärker in die Pflicht genommen werden. Für die Zukunft wünsche er sich, dass die junge Generation ihre Kultur und Sprache ohne Vorurteile und Scham ausleben dürfe.

Staatsanwalt **Markus Berghammer** erläuterte, welche strafrechtlichen Tatbestände Hasspostings erfüllen können, betonte jedoch, dass das Strafrecht stets nur das letzte Mittel sein könne und dürfe. Nachhaltige Veränderung beginne bei Bildung und der Vermittlung von Werten. **Alexander Warzilek**, Geschäftsführer des Österreichischen Presserats, schloss sich dieser Einschätzung an und erklärte, dass ethische Grundprinzipien wie der Schutz von Minderheiten stärker in der Bevölkerung verankert werden müssten. Da mittlerweile jede und jeder online Inhalte veröffentlichen könne, sei Medienkompetenz keine optionale Zusatzqualifikation mehr, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit.

Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung vom **Roma-Trio**, das das Publikum mit traditionellen Melodien, Leidenschaft für die Musik und Ausdruckskraft begeisterte.

„Wir stehen in der Verantwortung der NS-Opfer“

Judith Pfeffer, Vorständin des Nationalfonds der Republik Österreich, gibt Einblick in die Aufgaben des Fonds.

Seit 2005 ist **Judith Pfeffer** im Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus beschäftigt. Die diplomierte Wirtschafts- und Sozialpsychologin sowie Master in Betriebswirtschaft und Wirtschaftspsychologie mit Schwerpunkt HR-Management war bis 2024 Leiterin des Bereichs Finanzen und Personal und interimistisch stellvertretende Generalsekretärin des Nationalfonds sowie des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe. Durch eine Änderung des Bundesgesetzes über den Nationalfonds im Dezember 2023 wurden dessen Aufgaben unter anderem um die Errichtung einer Gedenkstätte für die NS-Opfer der Volksgruppe der Roma erweitert und die Leitung durch einen Zweier-Vorstand beschlossen. Im März 2024 wurde Judith Pfeffer vom Hauptausschuss des Nationalrates als neues Mitglied des Vorstandes gewählt. Mit April 2024 bildet die Südburgenländerin gemeinsam mit **Hannah Lessing**, die seit der Gründung des Fonds im Jahr 1995 als Generalsekretärin tätig ist, den zweiköpfigen Vorstand.

Sie stammen aus dem Burgenland, genauer gesagt aus dem Südburgenland, einer Region, die wie kaum eine andere in Österreich von kultureller und sprachlicher Vielfalt geprägt ist. Wie war das für Sie als Kind, zwischen unterschiedlichen Kulturen und Sprachen aufzuwachsen?

Ich bin in einem Umfeld aufgewachsen, in dem unterschiedliche Kulturen und Sprachen allgegenwärtig waren. In der Nähe meines Heimatortes gab es eine kroatischsprachige Gemeinde, eine meiner Freundinnen stammte von dort. Auch in der Schule hatten wir kroatisch- oder ungarischsprachige Mitschülerinnen und Mitschüler. Für mich war diese sprachliche und kulturelle Vielfalt daher nichts Besonderes im Sinne von „fremd“, sondern ein selbstverständlicher Teil meines Alltags.

Hat sich Ihrer Meinung nach der Umgang mit den Volksgruppen im Burgenland im Lauf der Zeit verändert?

Durch meine persönlichen Erfahrungen von Kindheit an war der Umgang mit unterschiedlichen Volksgruppen für mich Teil des täglichen Zusammenlebens. Meiner Wahrnehmung nach hat sich der Umgang über die Jahrzehnte spürbar verändert. Heute gibt es ein stärkeres Bewusst-

sein für sprachliche und kulturelle Vielfalt, für Minderheitenrechte und für Sichtbarkeit unterschiedlicher Kulturen. Durch meine Tätigkeit im Nationalfonds ist mir noch bewusster geworden, wie wichtig der respektvolle Umgang mit Geschichte, Identität und Zugehörigkeit ist.

Der Nationalfonds beschäftigt sich intensiv mit der Verfolgung der Roma und Sinti im Nationalsozialismus. Wie präsent war die Verfolgungsgeschichte in Ihrer Jugend?

Ehrlich gesagt, war diese Verfolgungsgeschichte in meiner Jugend kaum präsent. Im Schulunterricht wurde

die Zeit des Nationalsozialismus zwar behandelt, die Verfolgung der Roma und Sinti – insbesondere als Lokalgeschichte – stand aber nicht im Mittelpunkt. Für mich ist das Thema erst durch meine Arbeit im Nationalfonds deutlich präsenter geworden. Dabei ist mir bewusst geworden, wie viel Differenzierung notwendig ist, um

die unterschiedlichen Opfergruppen und ihre Geschichte angemessen wahrzunehmen. Rückblickend halte ich es für wesentlich, dieses Thema gerade im Burgenland stärker im Schulunterricht zu verankern. Gleichzeitig ist erkennbar, dass sich das Bewusstsein dafür weiterentwickelt hat und diese Verfolgungsgeschichte heute auch für junge Menschen stärker sichtbar wird. Das ist wesentlich der langjährigen Arbeit vieler engagierter Menschen zu verdanken – insbesondere aus der Volksgruppe selbst.

Wie kam es dazu, sich beim Nationalfonds zu bewerben? War es eine bewusste Entscheidung für genau diese Organisation?

Eine Freundin und ich waren damals auf der Suche nach einer Tätigkeit neben dem Studium, die für uns sinnstiftend war und bei der wir uns stärker einbringen konnten. Zu jener Zeit war der Allgemeine Entschädigungsfonds gerade im Aufbau und es wurden viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht – unter anderem im Finanzbereich. Aufgrund meines wirtschaftlichen Studiums hat sich für mich die Möglichkeit ergeben, im Nationalfonds tätig zu werden. Was zunächst als ein Stück Zufall erscheint, wurde für mich sehr rasch zu einer bewussten Entscheidung – die Arbeit für eine Organisation mit einer Aufgabe, die ich als außerordentlich bedeutend empfunden habe und bis heute empfinde.



Judith Pfeffer:
„Durch die Umstrukturierungen sind für den Nationalfonds neue Aufgabenfelder dazugekommen.“

Foto: KV-Roma

Sie haben ein abgeschlossenes Studium der Psychologie mit Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpsychologie und ein Masterstudium in Betriebswirtschaft und Wirtschaftspsychologie mit Fokus auf HR-Management absolviert. Wie kam es zu dieser Studienwahl und den Schwerpunkten?

Ich habe mich immer schon für Psychologie interessiert, zugleich aber auch für wirtschaftliche und organisatorische Zusammenhänge. Zunächst habe ich Betriebswirtschaft studiert, aber rasch gemerkt, dass mir ein rein betriebswirtschaftlicher Zugang nicht umfassend genug war. Mich hat besonders interessiert, wie Menschen, Organisationen und gesellschaftliche Strukturen zusammenwirken. Daraus hat sich das Doppelstudium aus Psychologie und Betriebswirtschaft mit unterschiedlichen Schwerpunkten ergeben. Diese beiden Perspektiven ergänzen sich für mich sehr gut: die psychologische Sicht auf Menschen, Gruppen und Dynamiken einerseits und das Verständnis für Strukturen, Management und Organisation andererseits. In meiner Tätigkeit beim Nationalfonds ist genau diese Verbindung wichtig. Viele Aufgaben lassen sich nicht als reines Projektmanagement bearbeiten – etwa Gedenkstättenprozesse, Beteiligungsformate oder der Umgang mit Opfergruppen und Erinnerungskultur. Hier braucht es organisatorische Klarheit, aber auch Sensibilität für Geschichte, Identität, Betroffenheit und unterschiedliche Perspektiven. Mein Hintergrund hilft mir, diese Ebenen zu verbinden: strukturiert zu arbeiten und zugleich dort besonders achtsam zu sein, wo Kommunikation, Vertrauen und Verständnis entscheidend sind.

Seit der Novelle des Nationalfondsgesetzes im Jahr 2023 hat der Nationalfonds zusätzliche Aufgaben übernommen. Welche neuen Schwerpunkte ergeben sich daraus?

Der Nationalfonds hat in den vergangenen Jahren wichtige Weiterentwicklungen erfahren. Mit der Novelle des Nationalfondsgesetzes sind neue Aufgaben hinzugekommen, etwa das Austauschprogramm zwischen Österreich und Israel, die Förderung von Gedenkdienstleistenden und der Prozess zur Errichtung einer Gedenkstätte für die NS-Opfer aus der Volksgruppe der Roma und Sinti. Damit verbunden ist auch der Auftrag, die Arbeit des Nationalfonds stärker auf Gegenwart und Zukunft auszurichten und jüngere Generationen einzubeziehen. In meiner täglichen Arbeit bedeutet das, neue Aufgaben organisatorisch, finanziell und inhaltlich aufzubauen, Prozesse zu strukturieren und Projekte strategisch weiterzuentwickeln. Hannah Lessing und ich stimmen uns im Vorstand eng ab und legen großen Wert darauf, Entscheidungen sorgfältig vorzubereiten, gemeinsam zu reflektieren und verantwortungsvoll abzusichern. Am stärksten verändert hat sich für mich die Gesamtverantwortung: die Organisation strategisch, personell, finanziell und inhaltlich im Blick zu haben, neue gesetzliche Aufgaben nachhaltig zu verankern und dabei der besonderen historischen Verantwortung des Nationalfonds gerecht zu werden.

Der Nationalfonds wurde gegründet, um Opfern des Nationalsozialismus Anerkennung zu geben. Wie hat sich die Arbeit des Fonds über die Jahre verändert, auch angesichts der Tatsache, dass immer weniger Zeitzeuginnen und Zeitzeugen leben?

Die Verantwortung gegenüber den Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus bleibt Grundlage unserer Arbeit und Kern des gesetzlichen Auftrags. Gleichzeitig verändert sich unsere Arbeit, weil die Gruppe der Zeit-

zeuginnen und Zeitzeugen immer kleiner wird. Damit stellt sich die Frage, wie Erinnerung, Verantwortung und Anerkennung in Gegenwart und Zukunft weitergetragen werden können. Für uns bedeutet das, jüngere Generationen stärker einzubeziehen, neue Zielgruppen anzusprechen und Formen des Erinnerns weiterzuentwickeln. Dazu gehören auch neue gesetzliche Aufgaben wie die Unterstützung von Gedenkdienerinnen und Gedenkdienern sowie der Aufbau eines Schüleraustauschprogramms zwischen Österreich und Israel.

Der Nationalfonds ist seit der Änderung des Bundesgesetzes über den Nationalfonds 2023 mit der Planung, Errichtung und künftigen Instandhaltung einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus aus den Reihen der Roma und Sinti unter Einbeziehung von Vertretern der Roma und Sinti betraut. Wie kam es dazu, wie ist der Stand der Dinge?

Die Errichtung einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus aus der Volksgruppe der Roma und Sinti an einem zentralen Standort in Wien ist uns seit Langem ein großes Anliegen. Mit der Gesetzesnovelle kann dieser wichtige Schritt nun umgesetzt werden. Aktueller Stand ist, dass mit dem Weghuberpark ein Standort vorliegt, der in einem längeren Findungsprozess auch die Zustimmung der Volksgruppe erfahren hat. Dieser Prozess war durchaus herausfordernd, weil bei einem solchen Projekt viele unterschiedliche Ebenen zusammenkommen: die Anliegen der Volksgruppe, Fragen des Denkmalschutzes, der Raumplanung, der Bezirksverwaltung sowie weitere fachliche und behördliche Anforderungen. Derzeit bereiten wir den künstlerischen Wettbewerb vor. Geplant ist ein offener, EU-weiter, zweistufiger Wettbewerb, um eine möglichst hohe künstlerische Qualität zu erreichen. Die gemeinsam mit den Vereinen erarbeiteten Kriterien werden aktuell für die Wettbewerbsunterlagen aufbereitet. Ein zentrales Thema wird auch die Frage sein, wie die Namen der NS-Opfer in der Gedenkstätte sichtbar gemacht werden können. Dazu wird es weitere Abstimmungen mit der Volksgruppe geben. In weiterer Folge sind auch Fragen wie Jury-Besetzung, Verfahrensabläufe und die konkrete Ausschreibung abzustimmen. Der Start der Ausschreibung ist für Herbst 2026 geplant.

Der Nationalfonds hat eine besondere Verantwortung gegenüber den Überlebenden und Nachkommen der verfolgten Roma und Sinti. Wie stellt der Fonds sicher, dass diese Gemeinschaft nicht nur als historisches Thema behandelt wird, sondern als lebendige Gemeinschaft mit aktuellen Bedürfnissen? Wie erreicht der Nationalfonds Roma-Familien, die Ansprüche stellen könnten?

In vielen Aufgabenbereichen sind wir grundsätzlich gut bekannt: etwa bei den Gestezahlungen an NS-Opfer, bei Projektförderungen oder bei der Förderung und Verbreitung von Wissen über den Nationalsozialismus und seine Folgen. Die geplante Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus aus der Volksgruppe der Roma ist ein wichtiger Auftrag und Ausdruck historischer Ver-



Foto: KV-Roma

Für Judith Pfeffer steht fest: Digitale Kommunikation braucht die richtigen Mittel, damit Inhalte Gehör finden.

antwortung. Dieses Projekt ist nicht nur ein Gedenkvorhaben, sondern zugleich ein Prozess des Dialogs mit einer lebendigen Gemeinschaft. Die Zeit bis zur Errichtung möchten wir auch bewusst nutzen, um den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Volksgruppe zu vertiefen, Informationen gezielter zugänglich zu machen und insbesondere auch jüngere Mitglieder der Community zu erreichen. Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen, die Mehrheitsgesellschaft stärker für die Verfolgungsgeschichte der Volksgruppe zu sensibilisieren und dieses Wissen, insbesondere auch mit der Errichtung einer zentralen Gedenkstätte, sichtbar in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern.

Welche neuen Vorhaben und Themen werden beim Nationalfonds in den nächsten Jahren im Mittelpunkt stehen? Und was sind Ihre Wunschthemen?

Ein zentrales Vorhaben der kommenden Jahre ist die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus aus der Volksgruppe der Roma und Sinti. Dieses Projekt wird uns in den nächsten zwei Jahren prioritär beschäftigen – und das ist richtig so, weil es ein wichtiger Auftrag und Ausdruck historischer Verantwortung ist. Darüber hinaus stehen jene neuen Aufgaben im Mittelpunkt, die stärker auf junge Generationen ausgerichtet sind. Dazu zählt etwa der Schüleraustausch zwischen Österreich und Israel. Ende Juni 2026 werden erstmals israelische Schülerinnen und Schüler im Rahmen dieses Programms nach Wien kommen.

Ein weiteres zentrales Thema ist zeitgemäße Erinnerungskultur. Bei unserer Konferenz „Gedenken neu denken“ beschäftigen wir uns daher auch mit Holocaust-Leugnung und Holocaust-Verzerrung in Online-Medien, mit Antisemitismus und Antiziganismus sowie mit zeitgemäßen Formen des Gedenkens. Meine Wunschthemen liegen genau in diesem Bereich: Erinnerung so weiterzuentwickeln, dass sie junge Menschen erreicht, digitale Entwicklungen ernst nimmt und gegenwärtige Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und Geschichtsverzerrung klar benennt.

Interview: Gábor Bartha

Gedenken an NS-Völkermord an Roma und Sinti

„Mahnmal erinnert daran, dass hinter jeder Zahl ein Mensch stand“

Am 17. April 2026 fand in der Stadt Salzburg beim Mahnmal am Ignaz-Rieder-Kai 21 die jährliche Gedenkstunde für Roma und Sinti statt. Die Veranstaltung, organisiert vom Kulturverein österreichischer Roma gemeinsam mit dem Friedensbüro Salzburg, galt dem Gedenken an die während des Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Roma und Sinti.

Bei der eindrucksvollen Gedenkveranstaltung setzten sich Schülerinnen und Schüler der **5b Klasse des Gymnasiums St. Ursula** mit der Verfolgungsgeschichte der Roma während der Zeit des Nationalsozialismus auseinander. Musikalisch begleitet wurden die Reflexionen von Schülerinnen und Schülern der **7b Klasse des Erzbischöflichen Privatgymnasiums Borromäum**. Im Rahmen eines Schulprojekts hatten sie sich im Vorfeld mit historischen Quellen, persönlichen Schicksalen und der systematischen Ausgrenzung der Roma-Volksgruppe beschäftigt. Ihre Beiträge verliehen der Veranstaltung eine besonders bewegende und zugleich mahnende Note.

In ihren Eröffnungsworten betonte die Geschäftsführerin des Friedensbüros Salzburg **Barbara Sieberth** die Bedeutung der Erinnerungskultur und dass Gewalt niemals das Mittel für Frieden sei.

Gesellschaftliche Verantwortung

Christian Klippl, Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, hob in seiner Rede hervor, dass das Leid und die Geschichte der von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Roma und Sinti lange zu wenig gehört und zu oft verdrängt wurde. „Dieses Mahnmal erinnert uns daran, dass hinter jeder Zahl ein Mensch stand: mit einem Namen, einer Familie, mit Träumen, Hoffnungen und Wünschen.“ Klippl unterstrich die zentrale Bedeutung der Erinnerung und machte deutlich, dass sie stets mit einer Verantwortung verbunden sei, die jede und jeden angehe. „Ihr wachst in einer Welt auf, die neue

Herausforderungen mit sich bringt“, sagte Klippl an die junge Generation gerichtet.

Der Salzburger Gemeinderat **Markus Grüner-Musil** sowie der Landtagsabgeordnete **Karl Zallinger** betonten in ihren Reden die Bedeutung des Erinnerns, die Verantwortung der Gegenwart und dass Diskriminierung und Rassismus keinen Platz in der Gesellschaft haben dürfen.

Erinnerungen einer KZ-Überlebenden

Ein besonders berührender Moment war die Lesung von **Rosa Gitta Martl**, der Tochter der KZ-Überlebenden **Rosa Winter**. Sie trug Auszüge aus den Erinnerungen ihrer Mutter vor, die als Statistin für den Film „Tiefeland“ der deutschen Filmregisseurin **Leni Riefenstahl** zwangsrekrutiert wurde. Als sie zu ihrer Familie zurückkehren wollte, wurde sie gefangen genommen und ins KZ-Ravensbrück deportiert – was ihr das Leben rettete, da ihre in Maxglan verbliebenen Verwandten nach Auschwitz deportiert und dort umgebracht wurden. Die persönlichen Schilderungen machten das unermessliche Leid greifbar und verliehen eine zutiefst menschliche Dimension.

Mit einer Kranzniederlegung zum Abschluss der Gedenkveranstaltung wurde im stillen Gedenken unterstrichen, wie wichtig es ist, die Vergangenheit wachzuhalten und aus ihr zu lernen.

Das Mahnmal, gestaltet vom Bildhauer **Zoltán Pap**, wurde im Dezember 1985 enthüllt und ist das zweite Mahnmal für Roma und Sinti in Österreich.

Rosa Gitta Martl las aus den Lebenserinnerungen ihrer Mutter, der Holocaust-Überlebenden Rosa Winter.



Foto: KV-Roma

Volksgruppen im Parlament

Literatur am Ring – Klare Worte Sichtbar werden, präsent bleiben

Am 21. April 2026 lud das Parlament im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Literatur am Ring“ zu einem besonderen Abend in den Lesesaal. Unter dem Titel „**Klare Worte | Barikane alava | Jasne riči. Sichtbar werden, präsent bleiben**“ rückte die Veranstaltung die österreichischen Volksgruppen anlässlich des 50. Jahrestags des Volksgruppengesetzes ins Zentrum. Sie war die erste von drei geplanten Lesungen im Rahmen von „Literatur am Ring“, die sich heuer dem Thema der österreichischen Volksgruppen widmen.

Nationalratspräsident **Walter Rosenkranz** eröffnete den Abend als Gastgeber. Den inhaltlichen Auftakt bildete ein Impulsgespräch zwischen dem Vorsitzenden des Volksgruppenbeirates der Roma **Emmerich Gärtner-Horvath** und **Gabriela Novak-Karall**, Vorsitzende des Kroatischen Zentrums Wien, die den Vorsitzenden des Volksgruppenbeirates der Burgenländischen Kroaten **Harald Ladich** vertrat. Beide analysierten aktuelle Herausforderungen ihrer Volksgruppe. Novak-Karall wies darauf hin, dass ein Großteil der burgenländisch-kroatischen Bevölkerung heute in Wien lebe, jedoch die gesetzlichen Regelungen wie das Minderheitenschulgesetz nur für das angestammte Siedlungsgebiet gelten. Angesichts zunehmender Mobilität brauche es bei einer allfälligen Neuregelung des Volksgruppengesetzes einen völlig neuen Zugang, der Menschen unabhängig von ihrem Wohnort die Weitergabe von Sprache und Kultur im Bildungsbereich ermöglicht.

Gärtner-Horvath nannte die offizielle Anerkennung der Roma als Volksgruppe im Jahr 1993 sowie die Kodifizierung ihrer Sprache als zentrale Errungenschaften, die erst die Aufarbeitung von Lebensgeschichten ermöglicht hätten. Gleichzeitig mahnte er, die Geschichte der Volksgruppe der Gesamtbevölkerung näherzubringen: „Wer die Geschichte nicht kennt, weiß nicht, wie sich diese entwickeln wird und wohin es gehen kann“.

Podiumsdiskussion

Im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion stand das Vermächtnis der Romni und KZ-Überlebenden **Ceija Stojka**, deren 1988 erschienenes Buch „Wir leben im Verborgenen“ einen wichtigen Punkt in der öffentlichen Anerkennung als österreichische Volksgruppe darstellte. In dem Werk schilderte sie ihre Erlebnisse in den Konzentrationslagern Auschwitz-Birkenau, Ravensbrück und Bergen-Belsen. Ceijas Schwiegertochter **Gabriela Stojka**, die seit Jahrzehnten als Bildungsarbeiterin wirkt, erzählte



Moderator Thomas Kassl, Gabriela Stojka, Tereza Grandits, Katharina Graf-Janoska (v.l.).

persönliche Erinnerungen an diese außergewöhnliche Persönlichkeit. Sie habe Ceija Stojka am Sterbebett versprochen, deren Geschichte weiterzugeben, und erfüllt dieses Versprechen bis heute in Schulen, Workshops und im Rahmen der „Ceija Stojka International Association“.

Die vergleichende Literaturwissenschaftlerin, Moderation sowie Autorin des Buches „KriegsROMAn“ **Katharina Graf-Janoska** betonte die Notwendigkeit, die Geschichte der Roma durch die Angehörigen der Volksgruppe selbst neu zu schreiben. Bisher sei meist von außen über die Gemeinschaft berichtet worden, oft fehlerhaft und verkürzend. Da auf Fehldarstellungen aktiv reagiert werden müsse, forderte sie auf, die Geschichte der Roma im Unterricht in allen Schulen verpflichtend zu verankern.

Tereza Grandits, seit 2023 Chefredakteurin der burgenland-kroatischen Wochenzeitung „Hrvatske novine“, sprach über die doppelte Herausforderung, vor der die traditionsreiche Zeitung steht. Sie erklärte, dass sie einerseits als Medium einer kleinen Gemeinschaft in einer veränderten Medienwelt zu bestehen habe und zugleich auch sprachlicher Orientierungspunkt für Leserinnen und Leser sei. „Der direkte Kontakt zu jungen Menschen, etwa durch Workshops an Schulen, sei dabei ebenso wichtig wie die geplante Einführung eines digitalen Abonnements.“

Musikalisch begleitete **Mira Perusich**, Singer-Songwriterin aus Wien mit burgenlandkroatischen Wurzeln, den Abend. Durch das Programm führte **Thomas Kassl** von der Dialogplattform „Staat & Gesellschaft“ der Parlamentsdirektion, der auch die Podiumsdiskussion moderierte.

Foto: KV-Roma

Romanes sprechen Romanes te vakere!

Gegenstände für Freizeit
und Urlaub

Koji la naphandla cajtake
taj le nugodiniptschenge

Sonnenbrille	khameskere stakli
Sonnencreme	khameskeri crema
Sonnenhut	khameskeri kalapa
Schwimmen	usinipe
Schwimmreifen	usinipeskeri karika
Schwimmbrille	usinipeskere stakli
Tauchen	telusinipe
Taucherbrille	telusinipeskere stakli
Wasserflasche	pajeskero staklo
Badetasche	nandscharipeskeri taschka
Bademantel	nandscharipeskeri dugi jupa
Buch	kenva
Reisepass	roasinipeskero lil
Schlafsack	sojipeskero gono
Rucksack	dumoskero gono
Wanderschuhe	schetalinipeskere botschkori
Wanderhose	schetalinipeskeri holev
Wandersocken	schetalinipeskere schtrimpfi
Wanderstock	schetalinipeskeri kopal
Taschenlampe	poschitschakeri lampa
Medikamente	draba
Spielkarten	kartschi
Fahrrad	kereko

Das Fahrrad ist neu.

O kereko nevo hi.

Den Reisepass bereithalten.

O roasinipeskero lil ando va te likerel.

In der Taschenlampe sind neue Batterien.

Andi poschitschakeri lampa neve bateriji hi.

Ein Buch lesen.

Jek kenva te genel.

Der Wanderstock gab ihr guten Halt.

I schetalinipeskeri kopal latscho likeripe lake dija.

Die Schwimmbrille war teuer.

O usinipeskere stakli kutsch sina.

Der Schlafsack passt perfekt in den Rucksack.

O sojipeskero gono latsche ando dumoskero gono pasinel.

Kulinarik der Burgenland-Kroaten

Fisch Paprikasch – Fiš Paprikaš

Ernährungsexperten empfehlen ein- bis zweimal in der Woche Fisch auf den Speiseplan zu setzen. Fisch gilt allgemein als gesund und als ein wertvoller Bestandteil einer ausgewogenen Ernährung. Er liefert hochwertiges Eiweiß, enthält wichtige Omega-3-Fettsäuren, die gut für Herz und Gehirn sind, und ist reich an Jod und Vitamin D. Doch welcher Fisch ist die beste Wahl? Salzwasser- oder Süßwasserfisch? Dies hängt vor allem davon ab, worauf man besonderen Wert legt: Geschmack, gesundheitliche Aspekte, wenige Gräten, Nachhaltigkeit oder Preis. In Österreich gibt es zahlreiche Arten von hochqualitativen Süßwasserfischen, die in der Donau, in Seen und ruhigeren Flüssen heimisch sind. Sie eignen sich hervorragend zum Braten, Grillen, Backen, Dämpfen sowie zur Zubereitung köstlicher Fischsuppen. Sehr beliebt sind Forelle, Saibling, Barsch, Zander, Wels oder Karpfen. Für das Fischpaprikas wird ein Wels verwendet, ein Fisch mit mildem, zartem Fleisch, der nahezu grätenfrei ist und sich durch seine feste Konsistenz auszeichnet. Für das Gericht ist Zander oder ein Karpfen ebenfalls gut geeignet.

Zubereitung:

Den Fisch mit Salz, Pfeffer und Zitronensaft würzen und in ca. 3 bis 4 cm breite Stücke schneiden. Anschließend den Wels auf einer Seite mit Mehl bestäuben. Das Öl in einer Pfanne erhitzen und die Fischfilets mit der bemehlten Seite anbraten, bis sie goldbraun sind. Danach mit der rohen Seite nach unten auf einen Teller legen. Im

Bratenrückstand die blättrig geschnittenen Zwiebeln bei mittlerer Hitze rösten. Wenn die Zwiebeln Farbe annehmen, die in Streifen geschnittenen Paprika und die geviertelten Tomaten drei Minuten mitrösten. Paprikapulver einrühren, mit Weißwein ablöschen und kurz einkochen lassen. Danach Fischfonds (oder Wasser) und Obers beimgen und für etwa 15 Minuten leicht köcheln. Paprikasauce und Butter mit einem Stabmixer pürieren und auf kleiner Hitze weiter kochen. Kartoffelstärke mit etwas Wasser verrühren und vorsichtig einrühren, bis die Sauce eine geschmeidige Konsistenz hat. Fischfilets mit der rohen Seite in die Sauce legen, fünf bis sechs Minuten ziehen lassen und abschließend abschmecken.

Als Beilage: Petersilienkartoffeln, Spätzle, Bandnudeln oder Weißbrot.

Zutaten für 2 Personen:

350 g Welsfilet
3 EL Universalmehl
2 große Zwiebeln
3 EL Öl, 1 EL Butter
1 EL edelsüßes Paprikapulver
1 rote Paprika, 1 kleine Tomate
50 ml Weißwein
250 ml Fischfond oder Wasser
50 ml Obers, 1 TL Kartoffelstärke
Salz, Pfeffer, etwas Zitronensaft



Wels lässt sich ohne lästiges Schuppen direkt verarbeiten. Jungwelse überzeugen mit besonders feinem Geschmack.

Foto: KV-Roma

Vortrag

Ein Rückblick auf sechs Jahrzehnte Opferfürsorge

Kurt Wegscheidler, ehemaliger Leiter der Abteilung für Sozialentschädigung im Sozialministerium, hielt am 23. April 2026 in den Räumlichkeiten des Kulturvereins österreichischer Roma einen Vortrag über die gesetzlichen Maßnahmen, die die Zweite Republik seit 1945 zur Bewältigung der Folgen des Nationalsozialismus gesetzt hat. Dabei wurde deutlich, wie wenig dieses wichtige Kapitel der österreichischen Nachkriegsgeschichte in der breiten Öffentlichkeit bekannt ist. Wegscheidler erinnerte daran, dass der Nationalsozialismus in Österreich ein verheerendes Erbe hinterlassen hatte. „Allein hierzulande wurden 100.000 politische Opfer ermordet, viele weitere durch Folter, Haft, Vertreibung und den Entzug ihres Besitzes geschädigt.“ Dass die Aufarbeitung dieses Unrechts lange Zeit wenig transparent war, zeigt sich daran, dass noch in den 1990er-Jahren Nationalratsabgeordnete mit parlamentarischen Anfragen, die mehrere Hundert Einzelfragen umfassten, versuchen mussten, sich einen Überblick über die auf verschiedene Behörden aufgeteilten Aktivitäten zu verschaffen.

Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das Opferfürsorgegesetz, eines der ersten Gesetze der Zweiten Republik, das bereits im Juli 1945 in Kraft trat. Es bildete das rechtliche Fundament für die soziale Absicherung der Verfolgten und ihrer Hinterbliebenen und wurde seither in zahlreichen Novellierungen kontinuierlich weiterentwickelt. Besonders hervorgehoben wurde die von Anfang an verankerte fruchtbare Zusammenarbeit zwischen

dem Sozialministerium und den Opferverbänden in der Opferfürsorgekommission. Dass dies über Jahrzehnte hinweg mit großem persönlichem Engagement der beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialministerium geschehen ist, unterstrich Wegscheidler mit sichtlicher Überzeugung.

Im Anschluss an den Vortrag hatten die Gäste die Möglichkeit, Fragen an Kurt Wegscheidler zu stellen. Diese Gelegenheit wurde intensiv genutzt und führte zu einer angeregten Diskussion.



Foto: KV-Roma

Kurt Wegscheidler zeichnete die Geschichte der Opferfürsorge in Österreich nach.

Mauthausen – Internationale Befreiungsfeier Gedenken beim Mahnmal für Roma und Sinti

Anlässlich der 81. Wiederkehr der Befreiung des KZ-Mauthausen fand am 10. Mai 2026 in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen die alljährliche Befreiungsfeier statt, die unter dem thematischen Schwerpunkt „Täter und Täterinnen im Nationalsozialismus“ stand. Mehr als 13.000 Menschen aus aller Welt waren in die Gedenkstätte gekommen.

Gedenken beim Mahnmal für Roma und Sinti

Im Rahmen der diesjährigen Gedenkfeier gedachten eine Abordnung des Kulturvereins österreichischer Roma mit Obmann **Christian Klippel**, die Leiterin der Romapastoral der Erzdiözese Eisenstadt **Manuela Horvath** sowie Weihbischof **Franz Scharl** im Rahmen einer Gedenkzeremonie beim Mahnmal der Opfer aus der Volksgruppe der Roma und Sinti. In ihrer Ansprache erinnerten die beiden Volksgruppenangehörigen daran, dass die Nationalsozialisten Roma und Sinti nicht als Menschen gesehen und

sie verfolgt, deportiert und ermordet hatten. Die Sprechenden betonten, dass sie hier nicht als Stimme der Vergangenheit ständen, sondern als Stimme der Gegenwart, die nicht abgeschlossen sei. „Immer, wenn Menschen herabgewürdigt werden, setzt etwas ein, dessen Folgen wir aus der Geschichte nur allzu gut kennen.“

Zahlreiche diplomatische Abordnungen sowie Delegationen aus Italien und Ungarn legten bei der Gedenkstätte Kränze oder Blumenbuketts nieder. Besonders erfreulich war die Präsenz zahlreicher junger Roma unter den ungarischen Gedenkteilnehmern. Im Rahmen der Zusammenkünfte hatten die Vertreterinnen und Vertreter der Roma-Gemeinschaft die Gelegenheit, sich mit den Gästen auszutauschen. Anschließend nahmen sie am Gedenkzug teil und legten als Delegation der Roma-Volksgruppe gemeinsam einen Kranz beim ehemaligen Appellplatz nieder.

Gedenken an NS-Opfer

Weghuberpark: Standort für zentrale Gedenkstätte für Roma und Sinti

Der Standort steht fest: In der Sitzung am 17. April 2026 im Parlament sprachen sich der Volksgruppenbeirat der Roma sowie Vertreterinnen und Vertreter von Roma- und Sinti-Organisationen einstimmig für den Weghuberpark in Neubau (7. Bezirk) als Standort einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus unter den Roma und Sinti aus. Das Mahnmal soll an den nationalsozialistischen Völkermord erinnern und die Opfer in würdiger Weise ehren. Der Nationalfonds ist seit der Gesetzesnovelle 2024 mit der Planung, Errichtung und künftigen Instandhaltung einer Gedenkstätte betraut. Die Örtlichkeit wurde im Rahmen eines vom Nationalfonds koordinierten, breit angelegten Abstimmungsprozesses unter Einbindung der Vertreterinnen und Vertreter der Volksgruppe festgelegt. Dabei wurden auch die fachlichen Einschätzungen der zuständigen Stellen der Stadt Wien berücksichtigt. Unterschiedliche Perspektiven und Anforderungen wurden zusammengeführt und bilden nun die Grundlage für die weiteren Umsetzungsschritte.

Bekenntnis der Republik

„Die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus aus der Volksgruppe der Roma ist weit mehr als ein Bauprojekt. Sie ist Ausdruck unserer historischen Verantwortung und ein klares Bekenntnis der Republik dazu, einer Opfergruppe des Nationalsozialismus, die über Jahrzehnte im öffentlichen Bewusstsein zu wenig sichtbar war, den ihr gebührenden Platz in der österreichischen Erinnerungskultur zu geben“, betonte **Peter Haubner**, Zweiter Präsident des Nationalrates und Vorsitzender des Nationalfonds. „Die Entscheidung für den Standort der zentralen Gedenkstätte ist ein wichtiger Schritt. Erinnerung muss im öffentlichen Raum sichtbar sein und darf nicht anonym bleiben. Sie muss die Verfol-

gung und Ermordung der Volksgruppe der Roma klar benennen und auch Österreichs Verantwortung offen ansprechen, erklärte **Emmerich Gärtner-Horvath**, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma.

Erfreut über die Entscheidung zeigte sich die Stadträtin für Kultur und Wissenschaft **Veronica Kaup-Hasler**. Sie bezeichnete die Einigung als wichtigen Meilenstein in einem Prozess, den die Stadt Wien unterstützt und in einem aktiven Dialog mit dem Beirat und Vertreterinnen und Vertreter der Community begleitet hat. „Ich setze mich dafür ein, dass lebendige Gedenk- und Erinnerungskultur weiterhin einen zentralen Stellenwert im Selbstverständnis unserer Stadt einnimmt.“

Markus Reiter, Bezirksvorsteher des 7. Bezirks, bezeichnete die geplante Gedenkstätte als „einen längst überfälligen Bestandteil unserer Erinnerungskultur. Als Bezirksvorsteher habe ich den Standort Weghuberpark sehr gerne angeboten und wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Umsetzung bestmöglich zu unterstützen.“

Herbst 2026 Ausschreibungsstart

Mit der Standortentscheidung werden die Vorbereitungen für den künstlerischen Wettbewerb zur Gestaltung der Gedenkstätte fortgeführt. Dieser ist als zweistufiges europaweites Verfahren vorgesehen. Die Ausschreibung wird im Herbst 2026 starten. Die Ausarbeitung der inhaltlichen und künstlerischen Grundlagen erfolgt weiterhin unter Einbindung der Volksgruppe sowie unter Berücksichtigung rechtlicher und fachlicher Rahmenbedingungen. Der Prozess ist darauf ausgerichtet, eine tragfähige und qualitätsvolle Umsetzung sicherzustellen, die sowohl der historischen Dimension als auch den Anforderungen an ein zeitgemäßes Erinnern gerecht wird.



Der Weghuberpark befindet sich im siebenten Bezirk Wiens, unweit des Parlaments und direkt vor dem Justizministerium.

Buch Neuerscheinung

Herbert Brettl: Das Lager Lackenbach

Am 23. November 1940 wurde im mittelburgenländischen Lackenbach (Bezirk Oberpullendorf) das größte Roma-Zwangsarbeitslager im Deutschen Reich eingerichtet. In den Stallungen eines ehemaligen Meierhofes wurden Roma und Sinti interniert, um einerseits Orte „zigeunerfrei“ zu machen und zum anderen arbeitsfähige Häftlinge als Zwangsarbeiter auszubeuten. Das Lager war auch Ausgangspunkt für Deportationen in Konzentrations- und Vernichtungslager und somit Teil der nationalsozialistischen Völkermordstrategie. Die Befreiung durch sowjetische Truppen erfolgte Ende März 1945. Das Lager Lackenbach wurde lange nicht als Konzentrationslager bewertet, wodurch die dort Gefangenen vielfach keine Anerkennung als Opfer des NS-Regimes erhielten.

Das profunde Werk von **Herbert Brettl** basiert auf umfassenden Recherchen in österreichischen, deutschen und polnischen Archiven und Bibliotheken und erschließt zudem neue Primärquellen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Wahrnehmung des Lagers in der Zivilgesellschaft und bei den Behörden sowie auf dem Nutzen der Zwangsarbeit für die regionale Wirtschaft. Die Verantwortung der Lagerleitung und der Wachmannschaft wird untersucht, ebenso wie die lange bestehende Diskriminierung von Roma und Sinti. Thematisiert werden die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen im Lager sowie die Funktion des Ortes als Stätte wissenschaftlicher Forschung. Zudem wird

Herberts Brettl's Buch stützt sich auf umfangreiche Recherchen in österreichischen, deutschen und polnischen Archiven sowie Bibliotheken und wertet neue Primärquellen aus.



die Ablehnung von Opferfürsorgeanträgen nach 1945 beleuchtet, um zu zeigen, wie rassistische Vorurteile und Stereotype die Nachkriegszeit prägten.

Herbert Brettl lebt in Halbtorn im Burgenland. Studium der Geschichte und Geografie an der Universität Wien. Lehrbeauftragter an der Privaten Pädagogischen Hochschule Burgenland. Netzwerkkoordinator von erinnern.at Burgenland, Autor von zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen und Bücher zur burgenländisch-westungarischen Zeitgeschichte, Kurator einer Reihe von zeithistorischen Ausstellungen.

Herbert Brettl „Das Lager Lackenbach“
Geb., Abb., 297 Seiten
ISBN: 978-3-99016-319-1
Edition lexs liszt 12
VK: Euro 35,00

Oberwart: Haus der Volksgruppen

Für das Haus der Volksgruppen wurde das ehemalige städtische Internat in Oberwart umfassend saniert und ausgebaut. Es fungiert nun als neues Haus der Volkskultur. Ende April 2026 erfolgte die Schlüsselübergabe an die Vertreterinnen und Vertreter der Volksgruppen der Ungarn, Kroaten und Roma. Dabei betonte Landesrat **Heinrich Dörner** die Bedeutung des Hauses. Auf rund 6.000 Quadratmetern werden im Haus der Volksgruppen künftig der Kroatische Kulturverein im Burgenland, der Burgenländisch-Ungarische Kulturverein, das Roma-Service, die Roma Volkshochschule Burgenland, die Volkshochschule der Burgenländischen Ungarn sowie das mehrsprachige Offene Radio MORA untergebracht sein.

Zusätzlich wird der Standort auch als multifunktionaler Cluster genutzt. Die Gastehäuser und Küchen Burgenland GmbH (GHKB) betreibt einen Beherbergungsbereich mit 28 Zimmern sowie einen Küchenbetrieb. Ergänzt wird das Angebot durch 20 Starterwohnungen. Die feierliche Eröffnung soll am 26. September 2026, dem Tag der Sprachen, erfolgen.



Die symbolische Schlüsselübergabe fand im Beisein von Landesrat Heinrich Dörner (3.v.l.) sowie Vertreterinnen und Vertretern aller Volksgruppen statt.

Foto: Landesmedienservice Burgenland

Sonntag, 9. August 2026

30. Wallfahrt der Roma nach Mariazell

Ladipe le Romendar Cejiste



Foto: KV-Roma

10.00 Uhr: Beginn der Heiligen Messe

Anschließend Mittagessen und Freizeit

Während der nationalsozialistischen Herrschaft war der Roma-Volksgruppe die jahrhundertelange Tradition der Pilgerreise verboten. Im August 1996 wurde der Bittgang zur Magna Mater Austriae von den österreichischen Roma-Vereinen wieder ins Leben gerufen. Roma, Sinti und Lovara aus Österreich, Deutschland, Ungarn und anderen europäischen Ländern treffen sich an diesem Tag in der Basilika Mariazell.

Anmeldung Burgenland:
Manuela Horvath, Leiterin der Romapastoral
Tel: 0676/880 70 17 21
E-Mail: manuela.horvath@martinus.at

Anmeldung Wien:
Kulturverein österreichischer Roma
Tel: 01/310 64 21
E-Mail: office@kv-roma.at

Anmeldeschluss: 28. Juli 2026

Kulturverein österreichischer Roma,
Devrientgasse 1, 1190 Wien, Zulassungs-Nr.: 02Z030317 M